

Stellungnahme

des Verbands der Kali- und Salzindustrie e.V. zum Entwurf einer Nationalen Kreislaufstrategie (NKWS)

Der Verband der Kali- und Salzindustrie e.V. (VKS) vertritt die Interessen der deutschen Kali- und Salzunternehmen auf nationaler und europäischer Ebene [Lobbyregisternummer.: R 002019]. Die Branche zählt mit 13.500 Beschäftigten zu den weltweit führenden Anbietern von Kali- und Salzprodukten und ist Vorreiter im Bereich nachhaltige Rohstoffgewinnung. Neben der Primärrohstoffgewinnung ist die Kali- und Salzindustrie mit ihren untertägigen Bergwerken ein unverzichtbarer und integraler Teil der Entsorgungs- und Kreislaufwirtschaft und bietet eine sichere und regionale Entsorgungsmöglichkeit für verschiedene Abfallströme zur Verwertung und Beseitigung.

Der VKS begrüßt die Möglichkeit, zum Entwurf der NKWS Stellung nehmen zu können. Im Grundsatz unterstützt der VKS das Anliegen der NKWS, die Kreislaufwirtschaft voranzubringen und Stoffströme verstärkt zu verwerten und im Kreislauf zu führen, wo dies technisch, ökologisch und wirtschaftlich sinnvoll ist. Allerdings bedarf die NKWS hinsichtlich der Einordnung der Primärrohstoffe grundsätzlicher Änderungen, da ansonsten eine massive Beeinträchtigung der Rohstoffversorgung in Deutschland drohen würde.

I. Allgemeine Anmerkungen

Primärrohstoffgewinnung – nachhaltiger als gedacht

Mit Blick auf die Bedeutung der Primärrohstoffe beachtet die NKWS nicht ausreichend die realen Gegebenheiten und Erfordernisse und riskiert, die Rohstoffversorgung des Industriestandorts Deutschland zu gefährden. Der Rohstoffbedarf ist aufgrund der steigenden Rohstoffnachfrage sowie des begrenzten Abfallaufkommens für zentrale Vorhaben in Deutschland wie die Energiewende, Infrastrukturprojekte, den Wohnungsbau, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie sowie den Verteidigungs- und Sicherheitssektor nur zu einem begrenzten Teil durch Sekundärrohstoffe zu decken. Der wesentliche Teil der Rohstoffversorgung ist weiterhin durch Primärrohstoffe zu decken, bei denen die heimische Rohstoffgewinnung aufgrund der Liefernähe, des geringen ökologischen Fußabdrucks, der Einhaltung höchster

Standards (u.a. Umwelt-, Klima-, Energie-, Arbeitsschutz) sowie der Liefersicherheit erheblich an Bedeutung gewinnen muss. Diese Aspekte sind in der NKWS nicht berücksichtigt und sollten mit Blick auf die realen Erfordernisse dringend ergänzt werden.

Die kritische Einordnung der Primärrohstoffe in der NKWS basiert im Wesentlichen auf einer einseitigen Bewertung der ökologischen Auswirkungen der Rohstoffgewinnung und berücksichtigt nicht die positive ökologische Entwicklung in der Rohstoffgewinnung der vergangenen Jahre. So wurden beispielsweise in der Kali- und Salzindustrie die CO₂-Emissionen bereits um 80 % gesenkt und der ökologische Fußabdruck signifikant verringert; weiterhin sind weitreichende Transformationsprojekte in der Planungs- und Umsetzungsphase, die diese Entwicklung ambitioniert fortsetzen. Deutschland zählt damit zu den Vorreitern im Bereich nachhaltiger Bergbau. Insofern ist der vom BMUV angeführte Indikator „Primärrohstoffverbrauch pro Kopf“ und die Zielgröße 8 Tonnen pro Person und Jahr als Maß für die „planetaren Belastbarkeitsgrenzen“ abzulehnen und ist als Instrument für die Politiksteuerung nicht geeignet.

Kali und Salz – unverzichtbare Primärrohstoffe für 10.000 Produkte

Die Mineralien Kali und Salz werden durch untertägigen Bergbau sowie Solungsbergbau in Deutschland gewonnen und sind Schlüsselrohstoffe für Landwirtschaft, Industrie und Verbraucher. Hochreine Salze für die Herstellung von Covid-19-Impfstoffen und Kochsalzinfusionen, Kalidüngemittel für die Sicherung der Welternährung und Auftausalz für sichere Straßen im Winter sind Beispiele, an denen die essenzielle Bedeutung von Kali und Salz offensichtlich ist. Kali und Salz sind darüber hinaus unverzichtbare Basisrohstoffe in den Bereichen Medizin, Pharma, Chemie, Textil, Farben, Lacke, Metalle, Glas und können nicht durch Sekundärrohstoffe oder Substitution ersetzt werden. Eine Verringerung des absoluten Primärrohstoffverbrauchs, wie in der NKWS gefordert, hätte bei den Rohstoffen Kali und Salz somit unmittelbar negative Auswirkungen für die Versorgung in zentralen lebensnotwendigen Bereichen und sollte daher als quantitatives Ziel in der NKWS gestrichen werden.

Die Corona-Pandemie sowie der Angriff Russlands auf die Ukraine haben zudem gezeigt, dass eine starke heimische Rohstoffgewinnung und die sichere Versorgung mit Rohstoffen von existenzieller Bedeutung für Deutschland und Europa sind, um nicht von außereuropäischen Lieferländern wie Russland, Weißrussland oder China abhängig zu sein. In der NKWS sollte daher eine Stärkung der heimischen Rohstoffgewinnung zur nachhaltigen und sicheren Rohstoffversorgung erfolgen, wie dies in der Rohstoffstrategie der Bundesregierung bereits festgelegt ist.

Entsorgung untertage – sicher und unverzichtbar

Mit der untertägigen Entsorgung leistet die Kali- und Salzindustrie einen unverzichtbaren Beitrag für die sichere Verwertung und Beseitigung von Abfällen. Zum einen sind die Kali- und Salzunternehmen mit dem „untertägigen Versatz“ in Bergwerken ein wichtiger Teil der Kreislaufwirtschaft. Hierbei werden Abfälle aus industriellen Prozessen (z.B. Filterstäube aus Müllverbrennungsanlagen) zu

bestimmten technischen und sicherheitlichen Zwecken in untertägigen Bergwerken verwendet. Der untertägige Versatz ist ein anerkanntes und bewährtes Verwertungsverfahren, bei dem im Sinne der Kreislaufwirtschaft Primärmaterialien ersetzt werden, und das zudem einen langfristig sicheren Entsorgungsweg für bestimmte industrielle Abfälle darstellt. Der untertägige Versatz erfolgt nach den einschlägigen umwelt-, abfall- und bergrechtlichen Regelungen. Im Entwurf der NKWS ist dieser Verwertungsweg bisher nicht berücksichtigt; es bedarf daher einer entsprechenden Ergänzung im Text der NKWS (siehe Ausführungen unten zu Kapitel 3.5).

Zum anderen stellen die Kali- und Salzunternehmen mit den Untertagedeponien einen langfristig sicheren Weg zur Beseitigung von Abfällen zur Verfügung. Dieser Entsorgungsweg wird weiterhin unverzichtbar sein, da selbst bei einer Zunahme von Recycling- und Verwertungsanteilen zukünftig Abfälle anfallen werden, für die eine sichere und umweltverträgliche Beseitigungsmöglichkeit zur Verfügung stehen muss. Insofern begrüßt der VKS, dass der Entwurf der NKWS die Untertagedeponien als unverzichtbaren Entsorgungsweg ausdrücklich benennt (S. 36).

II. Detaillierte Anmerkungen zu ausgewählten Kapiteln

Zu 1.2. – Aktuelle Rohstoffnutzung und dreifache Umwelt-Krise

Kritisch ist, dass in dem gesamten Kapitel die Primärrohstoffnutzung grundsätzlich als „negativ“ eingestuft wird. Die undifferenzierte Aussage, dass die aktuelle Rohstoffgewinnung (und -weiterverarbeitung) für Umweltauswirkungen, wie Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Umweltverschmutzung, sowie für negative soziale Auswirkungen verantwortlich sei und damit die Lebensgrundlagen der Menschheit gefährde, ist nicht zutreffend und lässt die positive ökologische Entwicklung der Rohstoffgewinnung sowie den Nutzen der Rohstoffe völlig außer Acht.

Die Gewinnung und Aufbereitung von Kali- und Salzhstoffen erfolgt in Deutschland unter weltweit höchsten Umwelt-, Klima-, Energie-, Sozial-, Sicherheits- und Arbeitsstandards und steht für nachhaltigen Bergbau. Die Branche bekennt sich zur Klimaneutralität 2045 und unterstützt die EU Principles for Sustainable Raw Materials. Zudem hat die Branche in den letzten Jahren umfassende Investitionen im Klima- und Umweltbereich getätigt. Das verantwortungsvolle Handeln zeigt sich z.B. darin, dass der deutsche Kali- und Salzbergbau durch umfangreiche Investitionen die CO₂-Emissionen bereits um rund 80 % reduziert hat, seit dem Jahr 2000 den Anfall von Salzabwässern um mehr als 50 % senken konnte und die Stickoxid- sowie Dieselabgasexpositionen um rund 90 % vermindert werden. Im Bereich der Biodiversität erfolgen – sofern eine Beeinträchtigung durch Aktivitäten erfolgt – umfangreiche Kompensationsmaßnahmen zum Erhalt und zur Stärkung von Natur und Landschaft. Deutschland ist ein rohstoffreiches Land. Die NKWS sollte daher deutlich machen, dass Primärrohstoffe weiterhin eine unverzichtbare Rolle spielen werden und die nachhaltige

Gewinnung aus heimischen Rohstoffquellen gestärkt werden muss. Dies entspricht auch der grundsätzlichen Intention des Critical Raw Materials Act (siehe auch unter 2.1.)

Im Übrigen ist die Feststellung im NKWS-Entwurf, dass *„der größte Teil der industriebedingten Treibhausgasemissionen von zentralen Bereichen der Industrie bei der Gewinnung von Rohstoffen und der Herstellung und Umwandlung von Vorprodukten verursacht werde“* in dieser Pauschalität nicht zutreffend. Die Treibhausgasemissionen des Bergbausektors in Deutschland machen nur einen geringen Teil der Gesamtemissionen aus allen deutschen Wirtschaftszweigen und Privathaushalten aus.

Zu 1.3. - Vision einer Kreislaufwirtschaft

Auf Seite 6 des NKWS-Entwurfs heißt es: *„Die sonstige Verwertung, insbesondere die energetische Verwertung sowie die Beseitigung von Abfällen beschränken sich auf die Abfälle, bei denen eine sichere Schadstoff- und Störstoffausschleusung bzw. -zerstörung erforderlich ist und eine Wiederverwendung oder stoffliche Verwertung nicht in Betracht kommt, und stellen somit mengenmäßig eine Ausnahme dar.“*

Durch diese Aussage wird die „sonstige Verwertung“ als Ausnahmefall dargestellt, bei dem es – sofern keine energetische Verwertung vorliegt – „nur“ um die sichere Schadstoffausschleusung und -zerstörung geht. Die stoffliche Verwertung wird zudem mit „Recycling“ gleichgesetzt. Diese Ausführungen sind nicht zutreffend. Zum einen erfasst die „sonstige Verwertung“ erfasst neben der energetischen Verwertung auch die sog. stoffliche Verwertung. Zum anderen erfasst die „Verwertungsvorgänge, bei denen zur Durchführung bestimmter Maßnahmen statt Primärmaterialien geeignete Abfälle eingesetzt werden. Dies sollte in der NKWS entsprechend klarstellend aufgenommen werden.

Zu 1.5. - Beitrag zur sicheren resilienten Rohstoffversorgung

Im NKWS-Entwurf heißt es auf Seite 11: *„Da die deutsche Industrie in vielen Bereichen auf Rohstoffimporte angewiesen ist und diese häufig aus einigen wenigen Ländern stammen, ist eine Diversifizierung der Rohstoffquellen von strategischer Bedeutung für die sichere Rohstoffversorgung; besonders Sekundärrohstoffen kommt dabei eine immer wichtigere Rolle zu.“*

Für eine resiliente sichere Rohstoffversorgung der deutschen Industrie spielt die heimische Rohstoffgewinnung eine tragende unverzichtbare Rolle. Durch Sekundärrohstoffe kann lediglich ein Teil des Bedarfs an Rohstoffen gedeckt werden. Um die Rohstoffversorgung der Industrie zu sichern, muss die heimische Rohstoffgewinnung daher weiter gestärkt werden. Der NKWS-Entwurf sollte die heimische Rohstoffgewinnung als Beitrag zur sicheren und resilienten Rohstoffversorgung ausdrücklich nennen, wie dies auch die Rohstoffstrategie der Bundesregierung vorsieht.

Zu 2.1. Leitlinien für eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft

Im NKWS-Entwurf wird die absolute Senkung des Primärrohstoffverbrauchs – „und der damit verbundenen Umweltwirkungen, insbesondere der Treibhausgasemissionen“ – gefordert.

Wie eingangs bereits dargestellt, ist eine pauschale absolute Senkung des Primärrohstoffverbrauchs klar abzulehnen. Viele Primärrohstoffe sind nicht durch Sekundärrohstoffe oder Substitution zu ersetzen und würden bei einer Reduktion unmittelbar die Rohstoffversorgung Deutschlands in zentralen Lebensbereichen wie medizinische Versorgung, Lebensmittelversorgung, Bau- und Infrastrukturwesen gefährden.

- Reduktion der Abhängigkeit von Rohstoffimporten

Mit der NKWS soll die deutsche Industrie unabhängiger gemacht werden von Rohstoffimporten – insbesondere mit Blick auf solche Rohstoffe, die die Europäische Kommission als kritisch oder strategisch eingestuft hat. Die NKWS unterstützt daher die bestehenden und künftigen Ansätze der nationalen und europäischen Rohstoffpolitik.

Grundsätzlich ist die Reduktion der Abhängigkeit von Rohstoffimporten ein begrüßenswertes Ziel. So hat beispielsweise Salz aus deutschen Bergwerken einen deutlich niedrigeren CO₂-Fußabdruck als importiertes Salz. Allerdings ist die Fokussierung auf die sogenannten kritischen und strategischen Rohstoffe, die vom CRMA erfasst werden, zu kurz gegriffen, da essenzielle unverzichtbare Rohstoffe wie Kali und Salz, sowie Sand, Steine, Erden usw. nicht unter die methodisch viel zu eng gefasste Kritikalitätsdefinition im CRMA fallen. Das Ziel der Rohstoffunabhängigkeit muss daher auch für diese essenziellen und ebenfalls strategisch bedeutenden Rohstoffe gelten.

- Erhöhung Innovationsfähigkeit

Im NKWS-Entwurf wird behauptet, dass ein zentraler Vorteil der Kreislaufwirtschaft gegenüber linearem Wirtschaften die deutlich erhöhte Transparenz der Wertschöpfungskette sei (siehe S. 15). Diese Behauptung ist nicht zutreffend. Gerade die Primärrohstoffgewinnung in Deutschland ist besonders transparent und bietet interessierten Kreisen umfassende Informationsmöglichkeiten. Neben den ohnehin hohen Informations- und Dokumentationspflichten für die Unternehmen in Deutschland und den umfangreichen Veröffentlichungen amtlicher Stelle bieten der D-EITI-Prozess (Initiative für Transparenz im rohstoffgewinnenden Sektor) sowie das Geologiedatengesetz eine Transparenz, wie in kaum einem anderen Sektor.

Zu 2.2. – Strategische Ziele

- **Leitziel 1: Senkung des Primärrohstoffverbrauchs**

Die Menge der in Anspruch genommenen Primärrohstoffe (abiotisch und biotisch) für Konsum und Investitionen in Deutschland inklusive der dafür im Ausland notwendigen Vorketten abzüglich der Exporte soll laut NKWS bis zum Jahr 2045 auf 8 Tonnen pro Kopf und Jahr gesenkt werden (Indikator RMC). Das BMUV fordert somit erstmalig in der NKWS die Implementierung eines quantitativen Primärrohstoffreduktionsziels, wie es in anderen Ländern bislang nicht vorgesehen ist. Das BMUV bittet ausdrücklich um Rückmeldungen und Einschätzungen zu den in der NKWS genannten quantitativen Zielvorgaben.

Wie eingangs dargelegt, ist die Zielvorgabe für die pauschale Absenkung des absoluten Primärrohstoffverbrauchs auf 8 Tonnen pro Person nicht praxistauglich und daher klar abzulehnen. Zum einen ist die Zielgröße in Höhe von 8 Tonnen als Maß für die planetare Belastbarkeit zu undifferenziert und berücksichtigt nicht die positive ökologische Entwicklung in der Primärrohstoffgewinnung der letzten Jahre sowie der zukünftigen nachhaltigen Entwicklung. Zum anderen sind viele Primärrohstoffe nicht ersetzbar durch Sekundärrohstoffe oder andere Materialien; eine Reduktion hätte daher unmittelbare negative Auswirkungen und würde die Rohstoffversorgung in Deutschland beeinträchtigen. Diese Zielformulierung verwundert zudem, da die Szenarien der Europäischen Union sowie der Bundesregierung von einem steigenden Rohstoffbedarf ausgehen. In einer aktuell ohnehin durch Knappheiten geprägten Rohstoffsituation eine zusätzliche Rohstoffeinschränkung und damit zusätzliche Verknappung – wie in der NKWS gefordert – herbeizuführen, wäre kontraproduktiv.

Der untaugliche Ansatz der NKWS an dieser Stelle zeigt sich auch darin, dass Primärrohstoffe zu undifferenziert hinsichtlich ihrer Bedeutung, Substitutionsmöglichkeit sowie ökologischen Wirkung als Ganzes betrachtet werden und Cross-Media-Effekte sowie Rebound-Effekte außer Acht gelassen werden. So führt beispielsweise der Einsatz von Salz für die Wasserenthärtung zu mehr Energieeffizienz und Langlebigkeit von Produkten. Der Verzicht auf Kaliorohstoffe in der Düngung macht Pflanzen anfälliger für Trockenperioden, verringert die Wassereffizienz in der Pflanze und erhöht den Flächenverbrauch in der Landwirtschaft.

- **Leitziel 2: Schließung von Stoffkreisläufen**

Laut NKWS-Entwurf soll das Ziel der EU, den prozentualen Anteil von Sekundärrohstoffen an der Gesamtmenge aller genutzten Rohstoffe bis zum Jahr 2030 zu verdoppeln, national aufgegriffen und durch Maßnahmen in allen wichtigen Stoffströmen unterstützt (Indikator CMUR) werden.

Der pauschale Vorrang eines hohen Veredelungsgrades von Abfällen ist allerdings abzulehnen, da dies die Vorteilhaftigkeit einer möglichst umweltverträglichen Verwertung (weil weniger (energie-)aufwendig als Recycling) konterkariert. Dies widerspricht zudem der Abfallhierarchie, die keinen absoluten Vorrang des Recyclings

vorsieht, sondern auf den Lebenszyklus des Abfalls abstellt (§ 6 KrWG). Daher sollte der Begriff „Sekundärrohstoffe“ möglichst weit gefasst werden.

Im Text sollte entsprechend klargestellt werden: „Das Ziel der EU, den prozentualen Anteil von Sekundärrohstoffen [...] und durch Maßnahmen in allen wichtigen Stoffströmen unterstützt (Indikator CMUR), **sofern dies ökologisch vorteilhaft, wirtschaftlich zumutbar und sozial verträglich ist gegenüber sonstigen Verwertungsverfahren.**“

Zu 3.1. - Die R-Strategien

Die einseitige Fokussierung auf die Abfallhierarchie oder die 10-stufige R-Leiter greift zu kurz (siehe NKWS-Entwurf, S. 19). Denn hiermit wird der tatsächliche Bedarf an Materialien/Stoffen völlig ausgeblendet. Daher sollte in Bezug auf Recycling und Verwertung neben der Abfallhierarchie/R-Leiter auch der in Deutschland gegenwärtig und zukünftig bestehende Materialbedarf Berücksichtigung finden. Für die Herstellung von technischen Bauwerken (u.a. Häuser, Straßenbau, Haldenabdeckung, Dämme) ist es sinnvoll, anstelle von primären Materialien geeignete Bauabfälle zu verwenden (Verwertung), die mehr oder weniger aufbereitet werden müssen. Diese Verwertungsform wäre nach der 10-stufigen R-Leiter aber lediglich die letzte Option, was ressourcentechnisch nicht zielführend ist.

Zu 3.5. - Ökonomische Instrumente

- Im NKWS-Entwurf wird gefordert, dass die Umweltkosten der Gewinnung, Nutzung und Entsorgung von Rohstoffen mehr als bisher in den Marktpreisen berücksichtigt werden sollen (S. 31). Der VKS lehnt die Einführung von weiteren Unternehmensteuern und Belastungen der heimischen Rohstoffgewinnungsindustrie grundsätzlich ab. Insbesondere für lebensnotwendige unverzichtbare Rohstoffe (Speisesalz, Kochsalzinfusionen usw.) würden solche Instrumente nicht zu einer möglicherweise beabsichtigten Lenkung (Reduzierung) des Verbrauchs führen, sondern die Produkte vor allem für den Verbraucher verteuern. Insofern hätten derartige Steuern und Abgaben keine umweltpolitische, sondern im Wesentlichen eine – verteuernde – sozialpolitische Wirkung.

Die Ausführungen im NKWS-Entwurf, welche die Einführung ökonomischer Instrumente rechtfertigen sollen, sind in Bezug auf die heimische Rohstoffgewinnung gerade nicht zutreffend. Auf S. 29, 1. Absatz des NKWS-Entwurfs heißt es: „*Die bislang unzureichende Kreislaufführung ist unter anderem auf verzerrte Preissignale zurückzuführen, die durch Externalisierung von Umweltkosten verursacht werden. So werden Umweltbelastungen bei der Gewinnung und Verarbeitung von Rohstoffen oder der Entsorgung von Abfällen ausgelagert.*“

Die heimische Rohstoffgewinnung unterliegt den weltweit höchsten Umwelt-, Energie-, Naturschutz-, Sozial-, Sicherheits- und Arbeitsstandards. Die Unternehmen der Kali- und Salzindustrie haben in den letzten Jahren umfassende Investitionen in den Umwelt-, Natur- und Gewässerschutz getätigt und Eingriffe in die Biodiversität ausgeglichen. Die Aufwendungen hierfür in Deutschland liegen um ein Vielfaches über den Ausgaben in Wettbewerbsländern. Daher ist gerade für die deutsche Rohstoffgewinnung davon auszugehen, dass Umweltkosten und Externalitäten umfassend in den Unternehmensausgaben bzw. Preissignalen abgebildet sind.

- Der NKWS-Entwurf verweist darauf, dass auf europäischer Ebene die Europäische Kommission im Rahmen der Taxonomie bereits für nachhaltige Aktivitäten Kriterien für Investitionen in die Kreislaufwirtschaft entwickelt habe (S. 30, 2. Absatz).

In dem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass der bisher erlassene delegierte Rechtsakt zur Taxonomieverordnung wichtige Bereiche der Kreislaufwirtschaft bislang ausklammert; zum Beispiel die Aufbereitung von gefährlichen Abfällen zur Metallrückgewinnung (z. B. Aluminiumrückgewinnung aus Sekundäraluminiumschlacke) sowie die Verwertung von Aschen und Schlacken aus der Müllverbrennung. Die Taxonomie unterstützt daher bisher nicht ausreichend Investitionen in die Kreislaufwirtschaft. Daher sollte folgende Ergänzung in dem NKWS-Entwurf vorgenommen werden:

*„Auf europäischer Ebene hat die Europäische Kommission im Rahmen der Taxonomie für nachhaltige Aktivitäten Kriterien für Investitionen in die Kreislaufwirtschaft entwickelt. **Diese Kriterien bilden den Sektor der Kreislaufwirtschaft nur partiell ab. Die Bundesregierung wird sich daher dafür einsetzen, für bislang nicht berücksichtigte Wirtschaftsaktivitäten der Kreislaufwirtschaft zeitnah Nachhaltigkeitskriterien im Rahmen der Taxonomie zu entwickeln.**“*

- Im NKWS-Entwurf wird darauf hingewiesen, dass die Bundesregierung derzeit an der Aufsetzung eines Rohstofffonds arbeitet und dafür plädiert, dass ein Schwerpunkt auf der Gewinnung und Weiterverarbeitung von kritischen mineralischen Rohstoffen liegen sollte (S. 32).

Dieser Vorschlag ist aus VKS-Sicht nicht ausreichend. Der Fonds sollte sich nicht nur auf die kritischen mineralischen Rohstoffe konzentrieren. So ist z.B. die heimische Gewinnung von Kali und Salz wie eingangs dargestellt von essenzieller Bedeutung. In dem NKWS-Entwurf sollten daher alle essenziellen heimische Rohstoffe für den Rohstofffonds berücksichtigt werden.

Es sollte entsprechend im NKWS-Entwurf auf S. 32, 3. Absatz folgende Ergänzung vorgenommen werden: *„Die Bundesregierung arbeitet derzeit an der Aufsetzung eines Rohstofffonds [...] Ein zentraler Schwerpunkt könnte auf der Gewinnung und Weiterverarbeitung von **essenziellen** und kritischen mineralischen **heimischen** Rohstoffen liegen.*

Ebenso sollte auf Seite 33, 1. Absatz, letzter Satz wie folgt ergänzt werden: [...] *Ein Fonds zur Unterstützung der Gewinnung und Weiterverarbeitung strategischer Primär- und Sekundärrohstoffe im In- und Ausland könnte einen Beitrag zur Versorgungssicherheit mit kritischen Rohstoffen leisten. **Gleiches gilt für die Förderung essenzieller Rohstoffe aus heimischer Produktion.***“

Zu 3.6. - Schadstoffausschleusung

Zu „Verbesserung des Informationsflusses entlang des Lebenszyklus von Produkten“

Im NKWS-Entwurf wird festgestellt, dass die aktuell unter der EU-Taxonomieverordnung verabschiedeten neuen Schadstoffkriterien für Baugewerbe und Immobilien die Initiierung und Etablierung entsprechender Standards unterstützen können. Dieser Satz sollte gestrichen werden. Insgesamt wurde der Prozess unter der Sustainable Finance Plattform von vielen Branchen als intransparent bewertet. Das Prinzip, dass aus der Taxonomie Umweltgrenz- oder Materialwerte abgeleitet werden können, ist daher aus grundsätzlichen Erwägungen abzulehnen.

Zu 3.11. - Abfälle vermeiden und verwerten

Zu 4.8. – Handlungsfeld: Bau- und Gebäudebereich

- Unter dem Kapitel „Status Quo, Potentiale“ heißt es in der NKWS (S. 48, 3. Absatz): *„Durch vorgelagerte Abfallvermeidung und die Vorbereitung zur Wiederverwendung und den Dreiklang von Recycling, energetischer Verwertung und Beseitigung ist in Deutschland gelungen, eine moderne Kreislaufwirtschaft aufzubauen, die es nun weiterzuentwickeln gilt.“*

Diese Aufzählung der Abfallverwertungsverfahren ist nicht zutreffend bzw. unvollständig. Neben dem Recycling gibt es gemäß KrWG als weitere Kategorie die „sonstige Verwertung“ – hierzu gehören einerseits die stofflichen Verwertungsverfahren, andererseits die energetische Verwertung. Als stoffliche Verwertung wird u.a. der in den Kali- und Salzbergwerken durchgeführte untertägige Versatz eingestuft. Daneben gibt es aber aus anderen Bereichen – wie Landschaftsbau – auch andere Maßnahmen, die diesen Verfahren zuzuordnen sind. Auch die stofflichen Verwertungsverfahren sind fester Bestandteil der Kreislaufwirtschaft und sollten daher in der NKWS mitaufgeführt werden.

Es sollte im NKWS-Entwurf daher folgende Ergänzung vorgenommen werden:

*„Durch vorgelagerte Abfallvermeidung [...] **sonstige Verwertung (stoffliche Verwertung wie z.B. untertägiger Versatz in Bergwerken) und energetische Verwertung) und Beseitigung...**“*

- Im NKWS-Entwurf wird ausgeführt, dass die sonstige, insbesondere energetische Verwertung, als vorletzte Stufe der 5-Stufigen Abfallhierarchie nur für Abfälle erfolgen darf, die tatsächlich für eine höherwertigere stoffliche Verwertung nicht in Betracht kommen (S. 50).

Hiermit wird ein genereller Vorrang des Recyclings vor der sonstigen Verwertung suggeriert. Dies ist jedoch nicht zutreffend. Denn die in § 6 Kreislaufwirtschaftsgesetz verankerte Abfallhierarchie besagt, dass – ausgehend von der hierarchischen Rangfolge – immer diejenige Maßnahme den Vorrang hat, die den Schutz von Menschen und Umwelt bei der Erzeugung und Bewirtschaftung von Abfällen unter Berücksichtigung des Vorsorge- und Nachhaltigkeitsprinzips am besten gewährleistet. Hierbei ist der gesamte Lebenszyklus zugrunde zu legen, wobei insbesondere die dort aufgeführten Gesichtspunkte, wie Emissionen, Energieaufwand ebenso wie die technische Möglichkeit, die wirtschaftliche Zumutbarkeit und die sozialen Folgen der Maßnahme zu beachten sind.

Demnach muss das Recycling von Abfällen nicht immer die beste Verwertungsoption darstellen. Dies dürfte in der Praxis insbesondere Relevanz für die Verwertung von Abfällen aus dem Bau- und Gebäudebereich haben. Nach dem oben Genannten könnte eine „sonstige stoffliche Verwertung“ im regionalen Umfeld (wie etwa die Abdeckung einer Halde des Kalibergbaus) dem Recycling von Abfällen, das z.B. lange Transportwege und einen hohen Energieeinsatz erforderlich macht, vorzuziehen sein. Dieser Verwertungsweg, der unter Umwelt- und Kreislaufwirtschaftsgesichtspunkten vorteilhaft ist, sollte durch die NKWS nicht versperrt werden.

Berlin, 9. Juli 2024.